

V7 Bessere Migrationspolitik für alle! Menschlichkeit und Lösungsorientierung als Leitlinien für Zuwanderung und Integration in Sachsen.

Gremium: Antrag der LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung
Beschlussdatum: 01.03.2023
Tagesordnungspunkt: 10. Weitere Anträge (V-Anträge)

Antragstext

1 Wir brauchen endlich bessere Migrationspolitik für alle! Wir streiten dafür,
2 dass sächsische Migrationspolitik an den Leitlinien Menschlichkeit und
3 Lösungsorientierung ausgerichtet wird, um Sachsen besser und vielfältiger zu
4 machen. Und als einen wesentlichen Antrieb in diesem Prozess brauchen wir
5 endlich, so wie im Koalitionsvertrag beschlossen, ein sächsisches Integrations-
6 und Teilhabegesetz.

7 Der Bedarf an besserer Migrations- und Integrationspolitik in Sachsen besteht in
8 vielerlei Hinsicht: Zum einen brauchen zugewanderte Menschen organisatorische
9 und gesetzliche Verbesserungen hinsichtlich Versorgung, Sicherheit und
10 gesellschaftlicher Teilhabe. Zum anderen brauchen Kommunen dringend und schnell
11 mehr Unterstützung bei der Bewältigung von Integrationsaufgaben. Außerdem hat
12 Sachsen einen enormen Bedarf an Arbeitskräften und kann ohne Zuwanderung
13 wirtschaftlich nicht bestehen. Zudem sind Vielfalt und Diskriminierungsschutz
14 für das gesellschaftliche Klima in Sachsen mehr als wünschenswert. Ein Umdenken,
15 Nachsteuern und Investieren in der sächsischen Migrationspolitik ist also ein
16 Gebot des Herzens und der Vernunft. Denn lösungsorientiertes Handeln in der
17 Migrationspolitik bringt Vorteile für alle Menschen in Sachsen.

18 Hinzukommt, dass das Menschenrecht auf Asyl nicht nur ein persönliches Anrecht
19 gefährdeter Personen ist, sondern eine Verpflichtung für alle Staaten darstellt.
20 Sachsen muss dieser Verpflichtung besser nachkommen. In einer Welt multipler
21 Krisen ist die Aufnahme und gute Versorgung geflüchteter Personen ein zentraler
22 Bestandteil politischer Verantwortung, den Bund, Länder und Kommunen gemeinsam
23 tragen müssen. Wir setzen uns ein für eine Politik der Verantwortung und
24 Menschlichkeit.

25 Sicherheit und Daseinsfürsorge für Neuzugewanderte gewährleisten

26 Zugewanderte Menschen in Sachsen haben ein Anrecht darauf, dass ihre
27 Menschenrechte gewahrt werden. Dies bedeutet, dass Unterbringung und Versorgung
28 nach guten Qualitätsstandards gewährleistet werden muss. Es muss sichergestellt
29 werden, dass sie frei von Bedrohung und Diskriminierung in Sachsen leben können.

30 Die aktuelle Situation ist dringend verbesserungswürdig. Die akuten Belastungen
31 der Kommunen sind enorm. Wir haben als Bündnisgrüne den Anspruch, Menschen gut
32 unterbringen zu wollen und eine gute Integration zu gewährleisten.
33 Skabies- und Diphtherievorfälle in Erstaufnahmeeinrichtungen im vergangenen Jahr
34 zeugen von gefährlichen Mängeln bei den Unterbringungsbedingungen. Es fehlen
35 Gewaltschutzkonzepte und hinreichende Bedingungen zum Schutz der Privatsphäre in
36 den Einrichtungen. Auch sind trotz steigender Flüchtlingszahlen Beratungs- und
37 Betreuungsangebote für Geflüchtete nicht ausgebaut worden. Es besteht
38 Handlungsbedarf!

39 Folgende Maßnahmen sind unter anderem zur Verbesserung der Situation für
40 geflüchtete Menschen und zur Wahrung ihrer Grundrechte notwendig:

- 41 • Die Versorgung, Hilfe und Inklusion von hier ankommenden Menschen müssen
42 als kommunale Pflichtaufgabe finanziell, personell und konzeptionell
43 verstärkt werden. Wir fordern den Bund auf, deutlich mehr Mittel
44 bereitzustellen, um die Kommunen zu entlasten.
- 45 • Verbände, Vereine und Initiativen, die in diesem Bereich Aufgaben
46 übernehmen, müssen planungssicher durch das zuständige Ministerium
47 unterstützt werden.
- 48 • Einheitliche Standards für Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünfte
49 müssen durchgesetzt werden. Es gilt, einheitliche Hausordnungen und
50 Gewaltschutzkonzepte zu entwickeln, ihre Umsetzung zu unterstützen und
51 engmaschig zu kontrollieren, um eine sichere und menschenwürdige
52 Unterbringung geflüchteter Menschen zu gewährleisten.
- 53 • Dass W-Lan in Gemeinschaftsunterkünften bereitgestellt wird, muss
54 selbstverständlich sein.
- 55 • Grundsätzlich können Gruppenunterkünfte keine Dauerlösung sein. Damit
56 Geflüchtete in dezentralem Wohnraum leben können, braucht es
57 Beratungsangebote bei der Wohnungssuche und Maßnahmen gegen
58 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.
- 59 • Für eine gute und sichere gesundheitliche Versorgung zugewanderter
60 Menschen von Anfang an muss in Erstaufnahmeeinrichtungen ausreichend und
61 entsprechend ausgebildetes medizinisches Personal eingesetzt werden. Zudem
62 kann eine elektronische Gesundheitskarte für alle Menschen in Sachsen den
63 Zugang zu Gesundheitsversorgung entscheidend verbessern.
- 64 • Die Flüchtlingssozialarbeit muss personell gestärkt werden. Wir fordern
65 das zuständige Ministerium auf, in seinem Haushaltsplan dafür Sorge zu
66 tragen.
- 67 • Es müssen Regelungen getroffen werden, die dabei helfen, alle Formen der
68 Diskriminierung zu verhindern und die Antidiskriminierungsarbeit
69 gesetzlich zu verankern.
- 70 • Wir brauchen wieder eine unabhängige Asylverfahrensberatung in Sachsen.

71 Die Wahrung der Menschenrechte geflüchteter Personen in Sachsen muss für alle
72 Geflüchteten durchgesetzt werden – unabhängig von ihrer Perspektive zur
73 Integration, insbesondere in den Arbeitsmarkt. Menschenrechte gelten für alle,
74 nicht nur für Arbeitnehmer*innen. Wir können nicht dulden, dass Grundrechte
75 unter Kosten-Nutzen-Aspekten verhandelt werden.

76 Rahmenbedingungen für Arbeitsmarktintegration von Menschen mit
77 Migrationsbiografie grundlegend verbessern

78 Es gilt zudem anzuerkennen, dass in der Integration zugewanderter Personen ein
79 großes Potential für die Arbeitskräftegewinnung liegt. Es ist unvernünftig und
80 zum Nachteil aller, dieses Potential zu verschwenden.

81 Fachkräftemangel ist längst kein Spezialproblem einzelner Wirtschaftszweige
82 mehr, vielmehr liegt ein flächendeckender Arbeitskräftemangel in ganz
83 Deutschland vor und die Tendenz ist noch besorgniserregender. Das
84 Erwerbspotential in Deutschland würde, laut Prognosen des Institut für
85 Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, ohne Wanderungen bis 2060 um ein Drittel
86 sinken. Das Problem betrifft auch Sachsen akut und langfristig. Rund 100.000
87 freie Stellen im Freistaat gab es 2022. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt infolge
88 des demographischen Wandels. Um den Fachkräftebedarf zu decken, sind sowohl
89 Erwerbsmigration, als auch die Ermöglichung des Spurwechsels von bereits in
90 Sachsen lebenden Menschen mit Fluchtbiografie notwendig. Verantwortungsvolles
91 und lösungsorientiertes politisches Handeln muss zum Ziel haben, die rechtlichen
92 und institutionellen Rahmenbedingungen für die Arbeitsmarktintegration von
93 Menschen mit Migrationsbiografie grundlegend zu verbessern. Hierzu zählen

- 94 • Maßnahmen zur Ermöglichung von Spurwechsel von Geflüchteten in die
95 Erwerbseinwanderung, insbesondere mit Blick auf das Aufenthaltsrecht sowie
96 zum Abbau von Benachteiligung Geflüchteter auf dem Arbeitsmarkt,
- 97 • arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeitgeber*innen
98 bei der Einstellung und Förderung von zugewanderten Personen
- 99 • sowie das Abbauen von bürokratischen Hürden insbesondere bei
100 Anerkennungsverfahren.

101 Aufenthaltsrecht als Schlüssel zur Erwerbstätigkeit nutzen

102 In Sachsen leben knapp 12.000 Personen im Besitz einer Duldung. Viele
103 Arbeitgeber*innen scheuen die Einstellung von lediglich geduldeten Menschen, da
104 die Gefahr einer Abschiebung besteht oder die Ausländerbehörde die
105 Beschäftigungserlaubnis entziehen kann.

106 Der Spurwechsel in Ausbildungsduldung, Beschäftigungsduldung oder Aufenthalt
107 wegen guter Integration (§§ 25a und 25b AufenthG) gelingt in Sachsen nur
108 wenigen: Nur 218 Personen haben (mit Stand 30.06.2022) eine Ausbildungsduldung
109 und 149 Personen eine Beschäftigungsduldung. Das sind nur 3 % der Betroffenen.
110 Daneben werden im Schnitt knapp 100 Aufenthaltserlaubnisse (nach den §§ 25a und
111 b AufenthG) im Jahr in Sachsen erteilt.

112 Mit dem Inkrafttreten des Chancenaufenthaltsgesetzes am 01.01.2023 hat die
113 Bundesregierung einen Paradigmenwechsel begonnen. Das Schlagwort heißt Chance.
114 Alle diejenigen, die sich in unsere Gesellschaft integrieren, sollen die Chance
115 erhalten, hier ein neues Leben zu beginnen. Die Bundesregierung schätzte in ihrem
116 Gesetzesentwurf, dass ca. 40 % der Geduldeten von der Neuregelung profitieren
117 werden. In Sachsen wären das ca. 4.700 Menschen.

118 Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Möglichkeiten des
119 Spurwechsels besser ausgenutzt und gesetzlich noch deutlicher verbessert werden.
120 Viele der Regelungen sind Ermessensentscheidungen. Hier muss zukünftig der
121 Integrationsgedanke im Vordergrund stehen. Eine entscheidende Rolle spielen
122 hierbei die Ausländerbehörden.

123 Es bedarf einer kritischen Überprüfung und einer grundlegenden Verbesserung der
124 Arbeit der Ausländerbehörden in Sachsen:

- 125 • Auch Ausländerbehörden müssen personell gestärkt werden.
- 126 • Das Personal in den Ausländerbehörden muss diversitätssensibel geschult
127 werden.
- 128 • Ausländerbehörden sollen gezielt Menschen mit Migrationsbiografie
129 einstellen.
- 130 • Die Entwicklung eines Modellprojekts für Menschen mit
131 Einwanderungsgeschichte in Verwaltungsberufen kann sich hier
132 richtungsweisend auswirken.
- 133 • Bearbeitungszeiten und lange Wartezeiten auf Termine müssen verkürzt
134 werden.
- 135 • Die Erreichbarkeit und die Qualität der Beantwortung von Anfragen muss
136 verbessert werden.
- 137 • Der bürokratische Aufwand kann durch eine weniger restriktive Anwendung
138 der bestehenden Regelungen im Aufenthaltsgesetz optimiert werden.
- 139 • Ausländerbehörden müssen zu "Ermöglichungsbehörden" werden, nicht zu
140 "Verhinderungsbehörden", indem sie Beratungen durchführen – sowohl für
141 Betroffene als auch für Arbeitgeber*innen.
- 142 • Es sind Anwendungshinweise zu entwickeln, die zu einer auf Integration
143 ausgerichteten Nutzung der Ermessensspielräume in allen Ausländerbehörden
144 führen.

145 Eine bessere Koordination des Spurwechsels kann über das Zentrum für
146 Fachkräftesicherung und Gute Arbeit Sachsen (ZEFAS) gewährleistet werden. Das
147 ZEFAS muss mit seinen zusätzlichen Stellen in den nächsten Jahren verstärkt dazu
148 beitragen, die Integration der schon hier lebenden Migrant*innen in den
149 Arbeitsmarkt zu ermöglichen, Hürden in diesem Prozess zu identifizieren und
150 abzubauen.

151 Es braucht kommunale Stellen und Projekte (z.B. Lotsen) zur Koordination
152 zwischen klein- und mittelständischen Unternehmen und Migrant*innen. Durch
153 Beratung, Profiling und Matching kann hier lösungsorientiert Potential vor Ort
154 genutzt werden.

155 Mit Blick auf die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten dürfen wir nicht
156 vernachlässigen, dass viele, insbesondere geduldete Menschen auf dem
157 Arbeitsmarkt in gefährliche Abhängigkeitsverhältnisse geraten können. Der Druck,
158 die Ausbildungsstelle oder den Arbeitsplatz zu behalten, ist viel größer, da die
159 Konsequenz Abschiebung beängstigend ist. Menschen in dieser Lebenslage sind
160 gefährdeter durch Lohndumping, schlechte soziale Absicherung und mangelnde
161 Arbeitsschutzstandards. Kontrollen, etwa zur Einhaltung von Mindestlohn und
162 Arbeitsschutz, müssen verstärkt werden.

163 Zudem müssen Beschäftigungsanreize speziell für geflüchtete Frauen gesetzt
164 werden. Hierzu ist ihnen vor allem der Zugang zu Integrationsmaßnahmen zu
165 erleichtern, etwa durch Sprachkurse mit Kinderbetreuungsangeboten sowie durch
166 gezielte Förderprojekte, die geflüchtete Frauen unterstützen.

167 Bürokratische Hürden abbauen und Zugänge zum Arbeitsmarkt eröffnen

168 Menschen mit Migrationshintergrund, die auf Grund von Erwerbsmigration zugezogen
169 sind, haben eine hohe Beschäftigungsstabilität; das Risiko arbeitslos zu werden,
170 bzw. Sozialleistungen zu beziehen, ist bei dieser Personengruppe gering. Das
171 sind gute Nachrichten und sie sollten uns anspornen, dass wir uns im Wettbewerb
172 um kluge Köpfe nicht allzu sehr darauf verlassen, dass allein Deutschland als
173 „Pull-Faktor“ ausreicht. Es gibt leider viele Hürden für Fachkräfte, um
174 (ausgerechnet) nach Sachsen einzuwandern und noch mehr Hürden, um zu bleiben.

175 Eine der großen Hürden ist der Nachweis der Gleichwertigkeit zu einem
176 Referenzberuf in Deutschland. Das ist bereits deshalb schwer, da das deutsche
177 Berufsbildungssystem im internationalen Vergleich als zu anforderungsreich
178 erscheint. Weiterhin ist das Anerkennungsverfahren sehr aufwendig. Die
179 Nachweisführung zu bisherigen Qualifikationen wird restriktiv gehandhabt.
180 Zeitaufwand und auch die Kosten des Anerkennungsverfahrens sind für die
181 Betroffenen abschreckend. Das wird auch von Arbeitgeber*innen bemängelt.
182 Insbesondere kleineren und mittleren Betrieben fehlen die Ressourcen, um den
183 hohen bürokratischen Aufwand zu stemmen.

184 Wir BÜNDNISGRÜNE begrüßen daher die Pläne der Bundesregierung, das
185 Fachkräfteeinwanderungsgesetz zu modernisieren und die Erwerbseinwanderung
186 künftig auf die drei Säulen Fachkräfte, Erfahrung und Potenzial zu stellen.
187 Gleichzeitig müssen wir in Sachsen

- 188 • das Konzept für die Beschleunigung und Professionalisierung des
189 Berufsankennungsverfahrens umsetzen
- 190 • sowie endlich das Sächsische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz und
191 damit nachholende Qualifizierungsmaßnahmen zum Ausgleich von Unterschieden
192 sowie einen Beratungsanspruch auf den Weg zu bringen,
- 193 • das Angebot von berufsbezogenen Sprachkursen und Grundbildungsprogrammen
194 ausbauen
- 195 • und Beratungsangebote für Arbeitgeber*innen zur Einstellung von
196 zugewanderten Personen erweitern.

197 Gesellschaftliche Vielfalt fördern und leben

198 Wenn Menschen nach Sachsen kommen, dann wollen sie nicht nur arbeiten, sie
199 wollen auch hier leben. Wer diskriminiert wird, geht auf kurz oder lang wieder
200 weg. Zugewanderte Menschen haben ein Anrecht auf Schutz vor Diskriminierung.
201 Darum ist eine Kultur der Vielfalt und das Herstellen von gleichberechtigten
202 Teilhabemöglichkeiten ungemein wichtig.

203 Mit Blick auf den Arbeitsmarkt bedeutet das zunächst, dass die Arbeitgeber*innen
204 gute Bedingungen schaffen müssen: Hier geht es um Wertschätzung, Flexibilität
205 und gute Bezahlung sowie eine entschiedene antirassistische Haltung durch die
206 Unternehmensführung.

207 Für viele wird die Frage des Mit- oder Nachzuges von Familienangehörigen
208 elementar bei der Entscheidung sein, ob und wohin sie auswandern. In der Regel
209 wandern die Männer zuerst und die Frauen (und Kinder) ziehen nach. Für
210 nachziehende Familienmitglieder sind die Wartezeiten für die Visa zum
211 Familiennachzug sehr lang. In vielen dieser Punkte ist wieder die
212 Ausländerbehörde, sind aber auch die Anerkennungsbehörden gefragt. Die
213 zuständigen Behörden müssen zu Dienstleister*innen für Arbeitgeber*innen und
214 Arbeitnehmer*innen werden.

215 Wir BÜNDNISGRÜNE sind überzeugt, ein Sächsisches Integrations- und Teilhabegesetz
216 (SächITG) wäre ein enorm wichtiges Signal an die Zivilgesellschaft, hin zu
217 Willkommenskultur und mehr Menschlichkeit. Wir fordern das zuständige
218 Sozialministerium auf, hier nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner
219 anzustreben. Sachsen braucht ein starkes und ambitioniertes Integrations- und
220 Teilhabegesetz. Gelingende Integration ist der Schlüssel für ein
221 selbstbestimmtes Leben in Sicherheit sowie gesellschaftliche Akzeptanz. Wir
222 streiten als Bündnisgrüne für ein Integrations- und Teilhabegesetz, das nach
223 vorne denkt und handelt. Wir können uns nicht mit einem Gesetz zufrieden geben,
224 das mittelmäßig ist. Dafür ist es zu wichtig, denn es umfasst mehrere Gebiete:
225 Es ist die Rechtsgrundlage für kommunale Integrationsarbeit,
226 migrationsgesellschaftliche Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung sowie
227 Teilhabe in vielen Bereichen der Gesellschaft schaffen.

228 Gelingende Integration nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen vernünftig.
229 Vielfalt und Inklusion sind als gesamtgesellschaftliche Ziele zu verstehen. Wir
230 wollen, dass Zugewanderte und Zuwandernde in Sachsen als die Bereicherung
231 verstanden werden, die sie für unsere Gesellschaft darstellen. Diese Menschen
232 tragen dazu bei, dass Sachsen vielfältiger wird. Es steht in unserer
233 Verantwortung, dass sie vor Diskriminierung und Rassismus geschützt werden und
234 gleichberechtigt gesellschaftlich teilhaben können.

235 Einen wichtigen Schlüssel stellen hierbei Bildungsangebote dar:
236 Sprachkurse, auch niederschwellige Formate, müssen verstärkt, flexibel und
237 gebührenfrei angeboten werden, auch ergänzt durch digitale Lernmöglichkeiten.
238 In Bildungseinrichtungen muss Vielfaltsförderung vorangetrieben werden. Dazu
239 werden mehr Sprachmittler*innen gebraucht sowie Maßnahmen zum Abbau von
240 Diskriminierungen und Rassismus in Bildungseinrichtungen.
241 Es besteht ein hoher Bedarf an Weiterbildungen und Ausbildungsmöglichkeiten für
242 Sprachlehrkräfte sowie an Sensibilisierungsmaßnahmen für alle im Bildungsbereich
243 tätigen Personen.

244 Migrationspolitik unter sächsischen Umständen: Menschlichkeit und
245 Lösungsorientierung unaufhörlich einfordern

246 Als sächsische BÜNDNISGRÜNE wissen wir, dass Menschlichkeit und
247 Lösungsorientierung als Leitlinien von Migrationspolitik in Sachsen keine
248 politische Selbstverständlichkeit sind. Lösungsorientierte und
249 verantwortungsvolle migrationspolitische Maßnahmen stoßen unter aktuellen
250 politischen Mehrheitsverhältnissen nicht selten auf Widerstände. Als
251 BÜNDNISGRÜNE in Sachsen fühlen wir uns den Leitlinien Menschlichkeit und
252 Lösungsorientierung verpflichtet: Wir streiten weiter für eine bessere
253 Migrationspolitik für alle!

Begründung

Migration ist eins der wichtigsten Zukunftsthemen für uns und in schnellem Wandel begriffen. Deshalb halten wir eine BÜNDNISGRÜNE Positionierung mit vielen Fakten für notwendig.